

Bürgerantrag: Stadtparlament berät über Klimaziel 2035

Gießen (mö). In der Bundespolitik überbieten sich die Akteure momentan mit Vorschlägen und Forderungen für einen besseren Klimaschutz. Geht es nach Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), wird der Freistaat bereits im Jahr 2040 »klimaneutral« sein. Dieses Klimaziel ist ehrgeiziger als das, das sich Gießen gesetzt hat. Ein vom Stadtparlament 2017 gefasster Beschluss sieht vor, dass Gießen bis zum Jahr 2050 »klimaneutral« sein soll. Ob dieses Ziel korrigiert wird, darüber muss nun das Stadtparlament in seiner **nächsten Sitzung am 26. September** entscheiden. Denn dann liegt der **Bürgerantrag der Initiative Gießen 2035Null** vor, den der Magistrat für **zulässig** erklärt hat, wie Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz am Montag mitteilte. Die Prüfung sei formalrechtlich gewesen, eine inhaltliche Bewertung habe die Stadtregierung nicht vorgenommen.

Mit ihrem Bürgerantrag will die vom Verein Lebenswertes Gießen ins Leben gerufene Initiative erreichen, dass die Stadt Gießen die Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zum »offiziellen Ziel« erklärt. Dieses Ziel soll in einer Satzung fixiert und Maßnahmen im Zuge der Umsetzung »intensiv« mit der Stadtbevölkerung diskutiert werden, heißt es in dem Bürgerantrag. Die Initiatoren hatten Anfang Juli über 1000 Unterschriften an den Magistrat übergeben, das notwendige Quorum liegt bei knapp 830 Unterschriften und entspricht einem Prozent der Bevölkerung.

Initiative sieht Imagegewinn

Die Initiative Gießen 2035Null, die unter anderem von Gießener Wissenschaftlern und der Bewegung Fridays for Future unterstützt wird, geht davon aus, dass die Arbeit an dem Ziel 2035 der Stadt einen großen Imagegewinn bringen kann, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die ein derartiger Wandel ohnehin bringe. Als da wären: eine erhöhte Attraktivität als Einkaufs-, Wirtschafts- und Hochschulstandort, **weniger Lärm und Abgase**, mithin eine erhöhte Aufenthaltsqualität in der Stadt und mehr **Sicherheit im Verkehr**.

Das Instrument des **Bürgerantrags** stammt aus der städtischen Bürgerbeteiligungssatzung und ermöglicht es Einzelpersonen oder Gruppen aus der Bürgerschaft, Anträge ins Stadtparlament einzubringen.



Auch die Teilnehmer der Fridays-for-future-Demo dürften sich über die Initiative 2035Null freuen. (Foto: Schepp)